

150 Jahre Berliner Druckergewerkschaft (2012)

Vor 150 Jahren, am 2. Dezember 1862, wurde der Berliner Buchdruckergehülfen-Verein, die erste deutsche Gewerkschaft, gegründet.

In dem wunderbaren Buch von Karl Michael Scheriau „Kunstgenossen und Kollegen“ habe ich zur Gewerkschaftsgründung vor 150 Jahren folgenden Hinweis gefunden:

In der ersten öffentlichen Mitteilung des Vereins im „Correspondenten“ vom 26. Januar 1863 heißt es:

„Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, dass zu den guten Folgen einer solchen Vereinigung zunächst auch die Abwendung der Gefahr einer Verschlechterung der Lage der Gehilfen gehören werde, indem dadurch, dass man sich in größerer Zahl kennen lernt, dass man in Gemeinschaft Missstände zu besprechen und festzustellen Gelegenheit hat, dass man sich als verbunden ansieht, einander mit Rat und Tat zur Seite zu stehen – indem durch alles dies eine Abwehr geschaffen wird gegen das Schlimme, das teilweise eingerissen ist, so lange als wir in der Vereinzelung dastanden“.

Zweifellos gilt diese Feststellung auch heute noch!

Damals zählte nach wenigen Wochen die Solidargemeinschaft der Buchdrucker bereits 300 Mitglieder.

Und es entstand die Erkenntnis: Gemeinsam sind wir stark!

1866 gehörte der Berliner Buchdruckergehülfen-Verein zu den Gründungsorganisationen des Deutschen Buchdruckerverbandes.

Und zum 1.1.1869 vereinigten sich die Mitglieder des Berliner Schriftgießer-Vereins mit den Buchdruckern zum Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.

Im Jahr 1873 gelang es dem Deutschen Buchdruckerverband als erster Gewerkschaft einen Tarifvertrag abzuschließen.

Aber der Abschluss eines Tarifvertrages bedeutete noch nicht, dass ein Rechtsanspruch auf Einhaltung der in diesem Vertrag festgelegten Bedingungen bestand. Da die Gewerbeordnung es jedem freistellte, sich an solche Vereinbarungen gebunden zu fühlen, musste jeder Arbeiter praktisch die Bedingungen des Tarifvertrages auch individuell vereinbaren.

Wollte der Unternehmer diese Bedingungen nicht gewähren, blieb dem Arbeiter nur die Nichtannahme des Arbeitsvertrages oder die Kündigung des schon bestehenden Arbeitsverhältnisses. Ein Streik war verboten.

Erst durch die am 23.12.1918 verabschiedete Tarifvertragsordnung wurde der Vorrang des Tarifvertrages vor dem individuellen Arbeitsvertrag anerkannt.

In der Geschichte der organisierten Arbeitnehmerbewegung haben die Jünger der Schwarzen Kunst von Anfang an eine herausragende Rolle gespielt.

Bereits im Jahre 1840 gab es an zahlreichen Orten den Versuch des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Für uns ist es heute kaum noch vorstellbar, wie hart die Bedingungen für die arbeitenden Menschen in der damaligen Zeit waren.

Es waren zunächst die Gutenbergfeiern, die seit dem 15. Jahrhundert wiederholt Gesellen und Prinzipale zusammenführten, um mit immer größerem Aufwand der erfindarischen Großtat des Johannes Gensfleisch zum Gutenberg zu gedenken.

Jahrelange Diskussionen und Auseinandersetzungen waren den Gutenbergfeiern des Jahres 1840 vorausgegangen.

Die einen wollten die Feier zur Gründung einer großen sozialen Stiftung gesamtdeutscher Art genutzt wissen; die anderen dachten an Gründung eines nationalen Vereins der Buchdrucker.

Etlliche sahen in der Feier eine glänzende Gelegenheit, für die Freiheit des Geistes, insbesondere der Pressefreiheit, zu demonstrieren. Wiederum andere wollten sie zur schlichten Vergötterung ihres einkömmlichen Gewerbes benutzt wissen.

Aber in vielen Orten standen die Gutenbergfeiern nicht unter der Gunst der Obrigkeit. Wie viele Polizeispitzel die Festversammlungen beobachteten, wissen wir nicht. Fest aber steht, dass sich einige Regierungen gar nicht erst auf derart riskante Volksbelustigungen, wie öffentliche Gutenbergfeiern, einließen.

Die preußische Polizei witterte in jedem Setzer einen Demagogen und in jedem Drucker einen Revolutionär.

Es ist die Frage, wieso die deutschen Buchdrucker als erste begannen, über die Grenzen der Zünfte und Innungen hinaus ihre eigene, von den Prinzipalen unabhängige, Organisation anzustreben, in dem sie zusammentraten, um ihre Lage zu verbessern.

Es ist eine weit verbreitete Anschauung, dass die frühe Organisation der Buchdrucker durch ihre besondere Intelligenz verursacht wurde.

Es sei unbenommen, dass die Buchdrucker tatsächlich besonders intelligent waren und „natürlich noch sind“ – sofern es sie noch gibt - und es sei auch unbenommen, dass besonders Intelligenz beim Aufbau einer Organisation förderlich sein kann.

Freilich ist Intelligenz kein hinreichender Grund zum Aufbau einer Gewerkschaft. Wichtiger sind die materielle Lage, genauer gesagt das „gesellschaftliche Sein“ und die gemeinsame Gesinnung, das „gesellschaftliche Bewusstsein“ derer, die sich anschicken, eine Gewerkschaft aufzubauen.

Die gemeinsame Gesinnung, die Erkenntnis, dass abhängig Beschäftigte nur gemeinsam etwas verändern können, die Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern können – nur auf dieser Grundlage kann sich gewerkschaftliche Kraft entwickeln.

Mit der langen Geschichte der gewerkschaftlich organisierten Buchdrucker ist auch die Erinnerung an besonders engagierte Kolleginnen und Kollegen verbunden, die bereit waren, Verantwortung zu übernehmen.

An erster Stelle möchte ich Paula Thiede nennen, der es 1898 gelang, die Spaltung in weibliche und männliche Organisationen aufzuheben. Mit ihrer Wahl zur Vorsitzenden des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und –arbeiterinnen wurde erstmals eine Frau an die Spitze einer Gewerkschaft gewählt.

Unvergessliche Spuren haben ebenso die Kollegen Karl Richter, Eduard Bernoth und Richard Barth in der Geschichte der Gewerkschaften der Drucker hinterlassen.

Über Jahrhunderte hinweg war die Solidarität die einzige Hoffnung, die einzige Aussicht auf Überwindung von Not und Elend.

Unbeschreibliche persönliche Opfer waren für Arbeiterinnen und Arbeiter mit ihrem Bekenntnis zur Gewerkschaft verbunden.

In der 150jährigen Geschichte der solidarisch vereinten Drucker waren viele Kämpfe zu bestehen.

Arbeitnehmerrechte mussten in der Vergangenheit in zahllosen Auseinandersetzungen mit den Unternehmern und den politischen Gegnern mühselig und mit großem Einsatz erkämpft werden.

Das Ziel war, die Gleichberechtigung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital durchzusetzen und die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der Arbeitswelt durch gesetzliche und tarifliche Mindestnormen zumindest einzuschränken.

Bis heute ist es aber vielmehr so, dass die arbeitenden Menschen von den entscheidenden Fragen – ob produziert wird, wo produziert wird, wie produziert wird und was produziert wird – weitgehend ausgeschlossen sind. Demokratische Entscheidungsstrukturen gibt es in den Betrieben bis heute nicht.

Die private Aneignung der Arbeitsergebnisse, die Konzentration wirtschaftlicher Macht und die oft menschenverachtende Art und Weise der Profitmaximierung durch relativ wenige Kapitalbesitzer sind nach wie vor eine ungeheure Bedrohung für unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Machen wir uns klar:

Der herrschende Kapitalismus besteht aus einem asozialen System, das auf Gewalt, Ausbeutung, Erpressung, Korruption und Menschenverachtung beruht.

In dieser Situation ist eine Kooperation von Arbeit und Kapital unmöglich. Erforderlich sind Widerstand und Gegenmacht. Solidarität ist notwendig.

Aber die Gewerkschaften können nur so stark oder schwach sein, wie sich die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst in ihnen engagieren.

In der Geschichte der Drucker spiegeln sich unsere gemeinsamen Erfolge und Niederlagen.

Viele soziale und politische Verbesserungen, die wir heute oft allzu leicht als Selbstverständlichkeiten gedankenlos hinnehmen, wurden von den arbeitenden Menschen erkämpft.

Zur Erinnerung:

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg war die Tarifpolitik der deutschen Gewerkschaften viele Jahre erfolgreich.

Solidarisch erkämpft wurden beispielsweise:

- Die 5-Tage und die 40-Stunden-Woche,
- die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall,
- ein tarifliches Urlaubsgeld und die tarifliche Jahresleistung,
- die 35-Stunden-Woche und oftmals spürbare Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Diese Erfolge sind nur möglich geworden, weil es engagierte Kollegen und Kolleginnen gab, die mit viel Mut, Phantasie und Ausdauer die anstehenden Probleme anpackten.

Die Gewerkschaften hatten Macht!

Aber warum und wodurch haben sie offensichtlich ihre Macht verloren?

In der jüngeren Vergangenheit haben die Gewerkschaften versucht, durch Kooperation mit den Organisationen der Unternehmer und in den Betrieben die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Im Herbst 1995 beschloss die IG Metall auf ihrem Gewerkschaftstag ein Konzept zur Schaffung von Arbeitsplätzen, in dessen Mittelpunkt der politische Tausch „Lohnzurückhaltung und untertarifliche Einstiegslohne gegen Arbeitsplätze und Einhalt beim Abbau sozialpolitischer Leistungen“ stehen sollte.

Durch Lohnverzicht sollten positive Beschäftigungseffekte erzielt werden.

Anfang 1996 kam es zu einer Vereinbarung zwischen der Bundesregierung mit den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften über die „Zukunftssicherung des Standortes Deutschland“.

Es folgte im Herbst 1998 nach dem Wahlsieg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“.

Wie sich schnell herausstellte ging es den Unternehmern und der Regierung vor allem um die Durchsetzung neoliberaler Ziele.

Dazu wurde die Loslösung von verbindlichen Tarifrechten zum Schutz der Beschäftigten angestrebt.

Im Zentrum standen die Senkung der Arbeitskosten und die Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen durch Dezentralisierung und Verbetrieblichung der Flächentarifverträge.

Die Unternehmer lobten betriebliche Bündnisse als wichtiges Mittel zur „Modernisierung und Flexibilisierung des Branchentarifs“.

Tatsache aber ist: Der Kooperatismus der deutschen Gewerkschaften mit den Unternehmern und ihren Organisationen hat zu einer Spaltung der abhängig Beschäftigten geführt.

Heute stehen Kernbelegschaften, Leiharbeiter und die Sklaven mit Werkverträgen in einer unerbittlichen Konkurrenz.

Und der Wettbewerbskooperatismus hat auch international zu einer Spaltung geführt.

Die deutschen Gewerkschaften wollten Arbeitsplätze sichern durch Verzicht der Beschäftigten zur Förderung der Exportwirtschaft.

Das hat schlechte Arbeitsbedingungen vor allem im europäischen Ausland gefördert.

Wenn die Gewerkschaften in Europa nun diese Politik kopieren, werden auch die Arbeitsplätze in Deutschland stärker als je zuvor gefährdet sein.

Meine Überzeugung besteht weiterhin:

Solange es keine verlässliche internationale Solidarität der Arbeiterklasse gibt, wird der soziale Niedergang unaufhaltsam sein.

In den vergangenen Jahrzehnten waren Globalisierung, Expansion und Wirtschaftswachstum um jeden Preis angesagt.

Die neoliberale Idee des grenzenlosen Marktes und die alles beherrschende Gier nach Profit hat zu asozialen Verhältnissen geführt.

Die Ausbeutung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wächst ständig und ist unerträglich.

Der erpresserische Druck auf die Beschäftigten in den Betrieben, auf ihre Rechte zu verzichten, ist heute fast zum Regelfall geworden und hat weitgehend unvorstellbare Ausmaße angenommen.

Die Angst der Erwerbstätigen vor dem Verlust des Arbeitsplatzes lähmt bei ihnen oft jede Form von Widerspruch oder gar Widerstand.

Tiefgreifende Veränderungen in der Entwicklung und Anwendung von Tarifverträgen seit etwa Anfang der 1990er Jahre haben in fast allen Branchen stattgefunden.

Überkapazitäten verschärfen die Konkurrenz der Betriebe und drücken auf Kosten und Preise.

Das ehemalige graphische Gewerbe und die spätere Druckindustrie haben sich durch die technische Entwicklung fast aufgelöst.

Es hat ein umfassender Strukturwandel mit Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen stattgefunden.

In vielen Branchen hat die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes immer häufiger auch zur Selbstaubeutung der Beschäftigten und zur Zerstörung der Solidarität geführt.

In vielen Betrieben arbeiten die Beschäftigten erheblich mehr als sie bezahlt bekommen.

Würden sie vereinbarungsgemäß pünktlich Feierabend machen, müssten zahllose Arbeitslose zusätzlich eingestellt werden.

„Im Jahr 2011 leisteten rund 40 Millionen deutsche Erwerbstätige mehr als eine Milliarde unbezahlter Überstunden. Die Zahl der Burn-out-Opfer hat sich seit 2004 verneunfacht, Krankenkassen schätzen, dass jetzt bis zu 13 Millionen Arbeitnehmer von Burn-out betroffen sind“. („Bespaßt und gequält“ in „Die Zeit“ Nr. 44 vom 25.10.2012)

Regierungen und Politiker schützen und fördern den Reichtum der Vermögensbesitzer. Insbesondere durch die Steuerpolitik.

Abhängig Beschäftigte und Arbeitslose sollen durch Verzichte zur Erhaltung und Steigerung der privaten Vermögen und zur Rettung der Banken beitragen.

Die Schulden des Staates sollen durch geringere Einkommen und Kürzung von Sozialleistungen bezahlt werden.

Und so müssen wir uns fragen:

Was sind die Ursachen für die eingetretene menschenverachtende Entwicklung?

Wie können wir sie bekämpfen?

Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten?

Zunächst einmal müssen wir uns verabschieden von unseren eingefahrenen Routinen und unser übliches Verhalten in Frage stellen.

Vor allem müssen wir kritischer miteinander reden, in der Familie, im Betrieb, in der Gewerkschaft und bei vielen anderen Gelegenheiten.

Diesen Prozess müssen vor allem die Gewerkschaften anstoßen und Gelegenheiten organisieren, um Diskussionen zu ermöglichen und Alternativen zur bestehenden gesellschaftlichen Situation zu entwickeln.

Wir müssen wieder lernen, für unsere Rechte zu kämpfen: für Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Menschenwürde.

Die Gewerkschaften müssen wieder zum Motor gesellschaftlicher Veränderungen werden.

Und dazu gehört auch der politische Streik!

Machen wir uns klar:

Die Ökonomisierung aller Lebensbereiche wird wesentlich von den so genannten Eliten in unserer Gesellschaft durch die Unterstützung eines autoritären Kapitalismus vorangetrieben.

Konzerne bestimmen unsere Bedürfnisse. Und diese fremdbestimmten Bedürfnisse entscheiden darüber, wie wir leben.

Wenn wir das ändern wollen, müssen wir uns gegen unsere Gewohnheiten und gegen Fremdbestimmung zur Wehr setzen.

Wir müssen nachdrücklich Fragen stellen und miteinander offen und ehrlich reden, unsere Beteiligung an ökonomischen und sozialen Entscheidungen einfordern.

Es gibt Wege aus der Abhängigkeit von fremdbestimmten Gewohnheiten.

Wir müssen vor allem immer wieder fragen, wie wir der Ökonomisierung des Sozialen entgegentreten können.

Da helfen keine Parteiprogramme oder Absichtserklärungen von Politikern.

Die Art und Weise, wie Gewerkschaften mit veränderten Realitäten in den Betrieben und in unserer Gesellschaft umgehen, wird über ihre Zukunft entscheiden.

Es gibt jedoch keine zuverlässigen Konzepte. Die Zukunftsdebatte muss mit den Mitgliedern öffentlich geführt werden.

Die Strukturen der Gewerkschaftsorganisationen haben sich in den vergangenen 150 Jahren immer wieder verändert - von den Berufsverbänden und ihren Vereinigungen über Industriegewerkschaften, Gewerkschaftsbünde bis hin zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft.

Die Gewerkschaftsorganisation darf aber grundsätzlich nur Mittel zum Zweck sein.

Wenn sie zum Apparat und Selbstzweck wird, verliert sie das Vertrauen ihrer Mitglieder und solcher, die es werden könnten.

Funktionäre und Vorstände haben die Beschlüsse der Mitglieder als Aufträge zu verstehen und umzusetzen – sie müssen Ideen und Vorschläge zur Entwicklung solidarischer Initiativen liefern.

Es macht keinen Sinn, wenn sich Gewerkschaftsvorstände und –gremien immer wieder etwas Neues für die Mitglieder ausdenken.

Die Mitglieder selbst müssen entscheiden über ihre Erwartungen und Forderungen an die gewerkschaftliche Interessenvertretung.

Die Gewerkschaftsorganisation muss sich danach eine zeitgemäße Struktur geben.

Wenn Erwerbstätige und Arbeitslose die Gewerkschaft mehr als Behörde und nicht als soziale Bewegung erfahren, die unkompliziert Rat, Hilfe und Unterstützung organisieren kann, werden Vertrauensverluste nicht aufzuhalten sein.

Zukunftsfähig werden Gewerkschaften nicht durch endlose Satzungsdebatten und Auseinandersetzungen über Strukturen, Macht und Einfluss von Funktionären.

Was Gewerkschaften dringend brauchen sind Innovationen. Sie erfordern Beharrlichkeit, Mut und Risikobereitschaft.

Etwas Neues kann nur entstehen, wenn möglichst viele Mitglieder und Funktionäre die eigene Trägheit, liebgewordene Gewohnheiten und die Angst vor Risiken überwinden.

Erinnern wir uns an den 2. Dezember 1862 – an die Gründung unseren ersten Gewerkschaft:

„Man darf sich wohl der Hoffnung hingeben, dass zu den guten Folgen einer solchen Vereinigung zunächst auch die Abwendung der Gefahr einer Verschlechterung der Lage der Gehilfen gehören werde, indem dadurch, dass man sich in größerer Zahl kennen lernt, dass man in Gemeinschaft Missstände zu besprechen und festzustellen Gelegenheit hat, dass man sich als verbunden ansieht, einander mit Rat und Tat zur Seite zu stehen – indem durch alles dies eine Abwehr geschaffen wird gegen das Schlimme, das teilweise eingerissen ist, so lange als wir in der Vereinzelung dastanden“.

Das bedeutet für uns auch heute noch:

Gegenmacht zu den herrschenden Verhältnissen zu organisieren ist und bleibt das Wesenselement für Organisationen, die den Anspruch erheben, Gewerkschaften zu sein.

Unser großes politisches und gesellschaftliches Ziel muss es sein, die Herrschaft von Menschen über Menschen zu überwinden.

Vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen sich öffnen für einen Prozess der Aufklärung und Selbstbestimmung bis hin zum aktiven Widerstand.

Es kommt darauf an, zwischen Schein und Wirklichkeit zu unterscheiden.

Was ist uns wichtig?

Was wollen wir gemeinsam erreichen?

Denken wir daran:

Wenn wir uns einig sind, haben wir gemeinsam unendlich viel Macht.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden unsere Gedanken weiterhin unsere Feinde sein.

Ich wünsche uns allen bei der Bewältigung der von uns liegenden Aufgaben, in der Verteidigung und im Ausbau unserer Rechte viel Kraft und eine starke Solidargemeinschaft.

Die Gründungsgeschichte der Buchdrucker sollte für uns alle eine Ermutigung sein.